

Posener Zeitung

Siebenundneunzigster

Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition der
Zeitung, Wilhelmstraße 17,
fern bei G. A. Schell, Hofstet-
ter, Gerber- u. Breiterstr. 17,
O. A. Schell, in Firma
J. Neumann, Wilhelmstraße 8,
in Gnesen bei S. Chaykowski
in Meieritz bei P. A. Kallias
in Breschen bei J. Jachow
u. b. d. Inserat-Annahmestellen
von G. A. Schell & Co.,
Königsberg & Posen, Kallias
und „Invalidentank“.

Nr. 819

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentags drei Mal,
an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal,
an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt viertel-
jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für
den übrigen Theil. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Sonnabend, 22. November.

Inserate, die sechsgepalte Zeitspalt ober deren Raum
in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite
30 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an bevorzugter
Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die
Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die
Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1890

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

4 Sitzung vom 21. November, 11 Uhr.

Das Haus setzt die erste Berathung über das Einkommen-
steuergesetz fort.

Abg. Frhr. v. Zedlitz (frk.): Wenn Herr Richter Ermäßigung
der Zölle verlangt gegenüber der Belastung mit direkten Steuern,
so ist dem entgegen zu halten, daß es Niemandem eingefallen ist,
die agrarischen Zölle unter dem Gesichtspunkt der Steuer aufzu-
heben, sie sind Schutzzölle im Interesse der Landwirtschaft, dieses
wichtigen Zweiges der Nationalwirtschaft, zur Ausgleichung
zwischen Konsumtion und Produktion. Es wäre falsch, einseitig die
Interessen der Konsumtion in Betracht zu ziehen, vielmehr müssen
diese vereinigt werden mit denen der Produktion, ein Erlaß der
Getreidezölle würde zu Ungunsten der Kommunalverbände aus-
fallen. Im Uebrigen könnte ein Ausgleich für eine Mehrbelastung
sehr wohl ohne Zollermäßigung geschaffen werden durch ein Vor-
gehen im Reiche; die Börsensteuer ist noch lange nicht hoch genug.

Die Reformentwürfe entsprechen den Forderungen des
Hauses, nicht allein der liberalen Partei, Reform der direkten
Steuern muß vom Staate ausgehen, damit ein sicherer Maßstab
für die kommunale Besteuerung gewonnen wird. Die Einkommen-
steuer muß die maßgebende bleiben, der Kern des Steuerwesens,
weil sie allein eine individuelle Erlassung des Einkommens ermög-
licht. Alle anderen Steuern müssen Nebensteuern bleiben. Die
Ordnung der Besteuerung, welche Herr von Scholz 1886 aufstellte,
hat den Nachtheil, daß eine Doppelbesteuerung erfolgt. Es ist daher
am richtigsten, daß die Nebensteuer nicht auf die Rente, sondern
auf das Vermögen selbst gelegt wird. Dieser Grundgedanke liegt
der vorliegenden Entwurf der Grund- und Gebäudesteuer zu Grunde.
Die Erbchaftsteuer hat den Vortheil, daß die Deklaration erleichtert wird.
Wie der Minister ausgeführt hat, wird sich die Reform auf eine theilweise
Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer zu beschränken haben.
Man kann auch nicht weiter gehen bei dem jetzigen System der Ueber-
weisung des Reiches an die Einzelstaaten. Wir werden also der
historischen Entwicklung folgen müssen. Die Gewerbesteuer als
Ertragssteuer neben der Einkommensteuer hat für mich ein günsti-
geres Aussehen. Wir müssen uns bedenken, die alte Gewerbesteuer
mit ihrer Ueberlastung des kleinen Gewerbetreibenden auch nur eine
Stunde länger bestehen zu lassen. Ebe wir aber nicht die halbe
Grund- und Gebäudesteuer den Kommunen überweisen werden,
wir an eine Ermäßigung der Gewerbesteuer nicht denken können;
denn beide Steuern haben einen innigen Zusammenhang. In
einer Zeit, wo die Sozialgesetzgebung der Industrie und der Land-
wirtschaft solche Lasten auferlegen, dürfen wir nicht weiter gehen
in der Besteuerung der Landwirtschaft und des Gewerbes. Im
Gegentheil muß das Leihkapital mehr herangezogen werden. —
Die Erbchaftsteuer ist nur so anständig, daß ihre Vermessung auch
mit Rücksicht auf das Einkommen aus den Gewerbetrieben er-
folgt, und daß sie eine Kontrolle für die Deklarationspflicht bietet.
Zunächst wird die Einkommensteuer so veranlagt werden müssen,
daß eine gleichmäßige Heranziehung aller Einkommen erfolgt, daß

der Gesamttertrag nicht unter den jetzigen Betrag falle und daß
die Bemessung der einzelnen Steuerfätze eine sichere ist. Die
Deklarationspflicht in der Beschränkung, wie sie gewünscht wird,
halte ich für das einzige eines Bürgers würdige Mittel, die Be-
steuerung richtig zu veranlassen. Bei der Einschätzungskommission
wird man die Mitwirkung des Landraths nicht entbehren können,
besonders in der ersten Zeit wird er unentbehrlich sein, denn er ist
der Vertrauensmann des Kreises. Zugleich müßte man ihm aber
einen steuertechnischen Beirath geben, der die Verhältnisse im Ein-
zelnen bearbeitete, während der Landrath die Oberleitung des
Ganzen in der Hand behalten müßte.

Bei der Beurtheilung der Steuerfätze muß man zwei Momente
nicht außer Acht lassen: Wir machen jetzt darin den 2. Akt; den
1. Akt haben wir 1883 gemacht durch Erlaß der zwei untersten
Stufen der Klassensteuer, zweitens darf man aber die Rückwirkung
auf die Kommunalbesteuerung nicht vergessen; denn es findet da-
durch eine Erleichterung an Kommunalsteuern statt. Wenn erst
die Grund- und Gebäudesteuer wird überwiesen werden können,
so wird noch eine weitere Erleichterung an Kommunalsteuern statt-
finden. Wir haben in früherer Zeit die Erleichterung an Steuern
für Einkommen bis 6000 Mark verlangt, nach der Vorlage tritt
eine solche Erleichterung nur für Einkommen bis etwa 3300
Mark ein. Das muß anders werden. Man wird in der Er-
leichterung noch weiter vorgehen müssen. Wenn der Prozent-
satz von 3 Prozent für die mittleren Einkommen beibehalten
wird, so sind wir bereit, die ganz hohen Einkommen mit
4—5 pCt. zu besteuern. Wir dürfen aber dabei den Gesamt-
ertrag der Steuern nicht vermindern, denn dadurch verhindern wir
eine Reform in Beziehung auf die wenigstens theilweise Kom-
munalisierung der Grund- und Gebäudesteuer. An die Spitze des
§ 84, welcher von dem Mehrertrag handelt, einfach den Satz zu
stellen, daß dieser Mehrertrag zum Zwecke jener Ueberweisung
veranlagt wird, wäre aber zur Zeit unthunlich, obwohl es zu
empfehlen wäre, daß jene Mehrerträge zur Ueberweisung der
Grund- und Gebäudesteuer wirklich verwandt würden. Die Ueber-
weisung wird aber einmal erfolgen müssen, darum sind Mehrerträge
auch nöthig. Es ist auch der Mitwirkung des Hauses nach der
Vorlage ein genügender Spielraum gegeben bei der Verwendung
jener Mehrerträge.

Herr Richter befand sich mit seinen Ausführungen über das
Bortemonaugesetz im Irrthum. Es würde uns auch nicht ein
Pfennig zu Steuererlassen zur Verfügung stehen. Denn
25 1/2 Millionen sind zu Steuererlassen, 25 Millionen zur Ueber-
weisung an die Kreise nach der lex Henne veranlagt worden. Dazu
kommen die Matrifalarbeiträge. Es bleibt also nichts übrig.
Wenn Herr Richter uns Sparlichkeit anempfohlen hat, so habe ich
noch nicht gehört, daß man Preußen Mangel an Sparlichkeit vor-
geworfen hat.

Für eine Quotisierung in der Weise, daß auch eine Steuer-
verweigerung daraus erfolgen könnte, werden wir nicht zu haben
sein. Das liegt in der historischen Entwicklung. Denn hätten
wir in den sechsziger Jahren eine solche Verweigerung gehabt, so
wären wir niemals dazu gekommen, Kaiser und Reich zu erlangen.

Den Gedanken, aus der schärferen Veranlagung zur Einkommen-
steuer auch die Forderung der Einführung des g e h e i m e n W a h l e

rechts herzuleiten, halte ich für eine ungerechte Konsequenz.
Eine Verminderung des bestehenden Wahlrechts wird nicht eintreten.
Wir haben keinen Grund, von dem bestehenden Wahlrecht abzu-
gehen. Wir werden uns durch dergleichen Ausführungen und Be-
denken nicht abhalten lassen, mit Ernst und mit Wohlwollen an die
Arbeit heranzugehen.

Generalsteuerdirektor Burghart: Wir hörten gestern vom
Abg. Richter gewissermaßen das stille Trauergeklänge zu einer feier-
lichen Beilegung des Erbchaftssteuergesetzes. Nach der Rede des
Herrn v. Zedlitz scheint es aber noch nicht so weit damit zu sein.
Er will wenigstens unter zwei Bedingungen dem Erbchaftsteuer-
gesetz zustimmen, zunächst, wenn der Mehrertrag aus der Erb-
schaftsteuer den Grund- und Gebäudebesitzern zu gute kommt.
Das ist ja genau das, was die Regierungsvorlage beabsichtigt.
Der Abgeordnete hat ja selbst ausgeführt, daß die ganze Spitze
dieses Reformplanes darauf hinausgeht, die Grund- und Gebäude-
steuer in erster Linie zu erleichtern, und in den §§ 84, 85 ist ja
gerade für diesen Fall die so viel bestrittene Theilaurung erfolgt.
Glauben Sie denn, daß der Finanzminister diesen Paragraphen mit
seiner Theilaurung für drei Jahre für eine besonders glänzende
Maßregel hält? Finanzielle Motive haben dabei gar keine Rolle
gespielt. Es kam nur darauf an, der Verdächtigung, die Regie-
rung wolle doch nur Mehrerträge haben, entgegenzutreten; und
der § 84/85 erfüllt diesen Zweck, weiter hat er keinen Zweck
gehabt. Ich höre, daß man im Unklaren darüber ist, worauf
sich die event. für das Jahr 1895 u. ff. in Aussicht ge-
nommene Herabsetzung der Steuerfätze beziehen soll. Man hat
dies bloß auf die Erträge der ersten zwei Jahre bezogen.
Nichts ist falscher, und um jeden Einwand gegen die Theilaur-
rung zu begegnen, hat man auch eine letzte Garantie hinzugefügt,
daß alle Jahre der Uebertrag, der in Folge des neuen Gesetzes
entsteht, durch Ermäßigung der Steuerfätze den Steuerpflichtigen
wieder zugeführt wird. Aber lassen Sie uns über die §§ 84 und
85 nicht so eifrig streiten. Vielleicht findet einer von den Herren
eine bessere Fassung. Die Staatsregierung hat kein Interesse,
einem Vorschlag entgegenzutreten, der ihr genügt. Sind Sie
einverstanden, dann ist die Staatsregierung vernünftig. (Heiterkeit.)
Sollten bessere Vorschläge gemacht werden, um die Durchführung
der Einkommensteuerrückzahlung sicher zu stellen, so werden wir mit
Vergnügen diese Vorschläge entgegennehmen. Nach dem Material,
welches die Regierung besitzt, wird es aber schwerlich gelingen,
die Erfahrungen aus dem Felde zu schlagen, die sie gemacht hat
nach der Richtung, daß das fräktigte, das wirklich ziehende Mittel
dafür die Erbchaftsteuer sei.

Was die Ernennung von Mitgliedern der Veranlagungs-
kommission durch den Minister angeht, so ist mit der bezüglichen
Bestimmung in keiner Weise gesagt, daß die Mitglieder der Kom-
mission aus anderen Bezirken berufen werden sollen. Dieser Punkt
wird mit Stillschweigen übergangen, um vorkommenden Falls ein
Mitglied aus anderen Bezirken einordnen zu können.

Was die Tarife angeht, so können wir über die schon jetzt in
Bezug auf die Einkommensteuer eingeführten Steuererlasse nicht
sehr weit hinausgehen. Die Erträge dieser Stufen sind für den
Gesamtertrag der Steuer außerordentlich wichtig; es kommen
nach der jetzigen Veranlagung schon 22 Millionen heraus. Nun
sieht man auch hier etwas zu schwarz. Wir haben in den Stufen

Berliner Brief.

Von Otto Felsing.

(Nachdruck verboten.)

Berlin, 20. Novbr.

Wenn die Könige bau'n, heißt's im Xenion, haben die
Kärner zu thun, und wenn die Fürsten heirathen, so haben
die Unterthanen zu schaun. Und sie schauen denn auch bei
solchen Gelegenheiten unterthänigst auf den Plätzen und
Straßen, trotzdem es dabei erstens für sie meistens nur ver-
schlossene Kutschen zu sehen, und zweitens überhaupt keine
Unterthanen mehr giebt, sondern nach der Verfassung nur
Staatsbürger! Aber freilich, vielen von diesen aus reiner,
blanker Neugier herzufließenden Zuschauern (von den aus
Theilnahme und sonstigen edleren Gefühlen kommenden spreche
ich hier nicht), vielen von diesen bei jeder Gelegenheit auf
den Straßen Gaffenden steckt das Unterthanenthum in dieses
Wortes schlechtesten Bedeutung so tief im Blute, daß man an-
gesichts ihres Gebahrens sich kaum wundern kann, wenn das
längst schon gefällig gegenstandslos gewordene Wort „Unter-
thanen“ immer noch nicht ganz außer Kurs gesetzt ist, sogar
bei offiziellen Gelegenheiten angewendet wird. Dieses Unter-
thanenthum hat sich auch vorgestern und gestern bei Gelegen-
heit der freilich auch in den „Staatsbürger“-Kreisen mit
wärmster Theilnahme, mit herzlichem Interesse erfolgten
Hochzeitsfeier der Kaiserinwitwe wieder einmal herrlich offen-
bart und in seiner aufdringlichen Knechtschaftenheit den armen
Schutzleuten ein schweres Stück ganz unnützer Arbeit ver-
ursacht. Wo nur irgend eine Hofequipe oder auch nur ein
auf das Schloß zuführender Miethswagen sichtbar wurde, da
drängte die Masse der „Unterthanen“ sich zwischen den
die Ordnung im Schweiße ihres Angesichts aufrecht hal-
tenden Schutzleuten durch, bis dicht an die geschlossenen
Wagenfenster, starrte die häufig ganz unbedeutenden und völlig
unbekannten Jassassen mit roher Neugier an und brüllte, oft
nur des „Zuges“ halber, ein „Hoch!“ und „Hurrah!“ nach dem
anderen! Daß die Menge der Zuschauer (nehmen wir das
Wort einmal als Gegensatz zu dem nur die theilnahmslos
Neugierigen bezeichnenden Worte Gaffer) das junge Braut-
resp. Ehepaar, den Kaiser wie die Mitglieder seines Hauses

gerade an einem solchen Tage besonders lebhaft begrüßte, das
ist zu verstehen und wird auch sicher von den Begünstigten gern
acceptirt worden sein. Daß aber von den Ueberloyalen wie
den Gaffern jede nur eines Hochzeitsgastes verdächtige Kutsche,
zuweilen sogar blamablerweise ein ganz leerer Wagen, mit
diesem Hochgeschrei bedacht wurde, daß sich Publikum in der
belästigendsten Weise herandrängte und irgend einem still seine
keineswegs leichten Obliegenheiten überdenkenden fremden Hof-
marschall oder Adjutanten ein „Hoch“ zubrüllte, daß die
Wagenfenster-Scheiben klirrten, nur weil diese würdigen Unter-
thanen die Vermuthung hegten, die Kutsche könne ein Mitglied
fürstlicher Häuser bergen — das fordert selbstverständlich auf
Seiten der hochstehenden wie der mehr als jene Gaffer auf
persönliche Würde haltenden staatsbürgerlichen Augenzeugen
solcher beschämenden Vorgänge zu einer gerechten Verachtung
dieses Gebahrens und seiner Urheber heraus! Aber diese Gaffer
und Aufdringlinge sind unverbesserlich „unterthänig“. Sogar
die scharfe, sehr scharfe Zurechtweisung, die ihnen der Kaiser
bald nach seinem Regierungsantritte in Gestalt eines hoch-
offiziösen Entrefilets in der „Norddeutschen Allgemeinen“ ver-
absolgen ließ, hat nichts geholfen; trotzdem selbst das kleinste
Lokalblättchen jeder Stadt das Entrefilet übernahm und es
somit wohl Jedem vor die Augen kam, dauert das Unwesen
des an den Wagen Herandrängens und „Hoch!“-Brüllens noch
fort, denn die „Unterthanen“ haben schleunigst wieder vergessen,
daß „Seine Majestät der Kaiser und König dieses unziemliche
nahe Herandrängens und überlaute Schreien auf das Entschiedenste
mißbilligen und sein Aufhören verlangen“, wie in jenem
Entrefilet zu lesen stand! Daß sich ihr (vielleicht von ihnen
für „loyal“ gehaltenes) Gebahren nach jener in-
spirirten Auslassung „nicht mit der gebührenden Ehrfurcht ver-
trägt“ — was kümmern sich die Gaffer darum, wenn sie nur
ihre bodenlose Neugier befriedigen, wenn sie nur sich hervor-
thun können überall wo „was los ist!“ Ebenjowenig fragen
sie danach, ob sich ihre Aufdringlichkeit mit dem gewöhnlichsten,
allgemeinsten Anstande verträgt und noch weniger danach, ob
nicht am Ende die durch ihr „unterthäniges“ Benehmen
nothwendigerweise hervorgerufene Verachtung auch auf die
Elemente des anständigen Publikums übertragen wird, die aus

wirklicher Loyalität für das angestammte Herrscherhaus und
aus rein menschlicher Antheilnahme an den bösen wie den
guten Tagen dieses Hauses herzukommen, achtungsvoll den
Hut ziehen und gestirrt ihr herzlich Hoch! rufen! Und
leider kann man oft genug die Wahrnehmung machen, daß
diese von den Gaffern hervorgerufene Mißachtung auch auf
das Publikum überhaupt ausgedehnt wird. Die Blicke, mit
denen die Massen von Seiten der so molestirt Vorüberfahrenden
gemustert werden, sie sagen genug! Unterstützt wird diese
schlimme Verallgemeinerung übrigens durch den Umstand, daß
zu jenen „unterthänigen“ Aufdringlingen nicht etwa nur der
Sanhagel, der Mob männlichen und weiblichen Geschlechtes
gehört. Ach nein! Wenn „bei Kaisers 'was los ist“, dann
strömen viele sonst ganz ehrsame Bürgerleute, und nicht zum
wenigsten ihre Frauen und Töchter, herzu und wetteifern im
Herandrängen und „Hurrah“ schreien, trotz ihrer anständigen
Kleidung mit den zerlumpteften Frauenzimmern wie mit Kerlen,
an denen nur die rechte Seitentasche heil ist, weil darin die
Schnapsflasche, die geliebte „Karline“ getragen wird! —
Diese Beobachtung konnte man in den gestern zu Ende gegangenen
Hochzeitsfesten auf Schritt und Tritt machen,
und das um so leichter, als im Allgemeinen die Volks-
theilnahme nicht so groß war, daß die Massen das
Beobachten unmöglich machten. Gestern Nachmittag zum
Beispiel, bei der Auffahrt am Palais der Kaiserin
Friedrich und am Schlosse spürte man nur in der Gegend
dieser beiden Gebäude wie „Unter den Linden“, daß ein Fest
in der Kaiserfamilie stattfand, denn nur da hatten sich größere
Massen zusammengefunden. Von dem bei früheren ähnlichen
Gelegenheiten so oft zu bemerkenden Menschengewoge, dem fest-
lichen Getriebe in den übrigen, besonders den die „Linden“
durchkreuzenden Straßen, war dies Mal so gut wie gar nichts
zu sehen.

Aber nun zu etwas Anderem. — Unter unseren Berliner
Künstlern — ich meine die vom Pinsel wie die vom Meißel
— hat es leztlich so lebhaft Debatten gegeben, daß selbst der
Aufruhr, in den Geh.-Rath Kochs Entdeckung die Welt ver-
setzt hat, die Künstlerchaft nicht auf besonders lange Zeit
von dem Thema abbringen konnte, welches zu den erwähnten

von 300 bis 5500 M. doch erhebliche Erleichterungen. Man wendet nun ein, daß die Stufen der Einkommensteuer zu weit seien, so daß innerhalb der Stufe eine Degression des Steuerfußes stattfindet, und verlangt außerdem, daß die hohen Stufen zu höheren Beträgen herangezogen werden. Die Regierung hatte in ihrer früheren Vorlage die Ansicht vertreten, es sei wohl am besten, wir legen einen schlanken Prozentsatz fest und rundeten nur die Steuer ab auf darstellbare Größen, aber stimmten uns um die Stufen gar nicht mehr. Da kamen die Herren von der Kommission und sagten, die Stufen können wir nicht entbehren, sie erleichtern die Einschätzung, sie erleichtern die Deklaration. Nun kommt aber Herr Rüdert und sagt, die Stufen erschweren die Sache. (Heiterkeit rechts.) Das ist eine sehr schwere Sache. Ueber Tarife zu sprechen, hat gewiß einen großen Reiz (Heiterkeit), aber nützen thut es doch eigentlich erst, wenn wir die Feder zur Hand nehmen und rechnen. Die Regierung will ja aus dieser Steuer keine Mehreinnahmen für sich, sie will ja nur für die Steuerreform einen ersten Grundstein legen. Ich sollte denken, wir könnten uns darüber einigen.

Herr v. Rauchaup hat gestern einen fundamentalen Umsturz des Tarifs vorgebracht, er wollte eine Einkommensteuer bis zu 5 Prozent aufsteigend, aber degressiv, nicht progressiv. Nun, für eine Einkommensteuer bis zu 5 Prozent den Ausdruck degressiv zu gebrauchen, das ist eine ganz neue Bereicherung unserer Sprache. (Heiterkeit.) Fünf Prozent sind eine Last, die wir unbedingt erst bei sehr hohen Einkommensstufen einführen können.

Betreffs der Gewerbesteuer meinten die Abgg. v. Rauchaup und Rüdert, daß die Kommissionen da werden ihre Hand anlegen müssen. Diese Metterhand ist schon oft an Gesetzentwürfe gelegt worden, und es ist manchmal so zugegangen, wie wenn man mit einem stumpfen Messer eine Birne schält, sodaß schließlich nur das Gehäuse übrig bleibt, das man dann der Regierung präsentiert. Ich hoffe, Sie werden bei der Ausschaltung des Kernes aus diesem Gesetzentwurf daran denken, daß die Regierung ihre Schuldigkeit getan hat, um dieser seit 14 Jahren untern Gedanken beschäftigenden Kalamität ein Ende zu machen. (Beifall bei den National-liberalen, Zischen rechts.)

Abg. Freiherr v. Duene (Zentr.): Ich glaube, das Grabeläute zur Erbschaftsteuer, das der Generalsteuerdirektor schon hat verstimmen hören, wird von Neuem erschallen und es wird so stark sein, daß die Schalmel des Herrn v. Redlig dagegen vollständig verstummen wird. Der Steuerdirektor hat zuletzt über die Gewerbesteuer mit einer gewissen Ironie gesprochen (Sehr richtig! rechts), daß wir damit beschäftigt seien, den Kern herauszuschälen, um das Gesetz unbrauchbar zu machen. Ich habe mich über diese seine Ausführung gewundert. (Hört, hört! rechts.) Bisher ist in den Kreisen der Regierung diese Art, sich uns gegenüber auszudrücken, nicht üblich gewesen. (Sehr gut! rechts.) Ich persönlich fühle mich davon gar nicht getroffen, denn bezüglich der Gewerbesteuer stehe ich ganz auf dem Standpunkte des Generalsteuerdirektors. Ich glaube aber, als Mitglied des Hauses auch diejenigen vertreten zu müssen, auf die das gemeint war. (Sehr gut! rechts.)

Bezüglich der Aktiengesellschaften glaube ich, daß die Doppelbesteuerung durch den Abzug von 3 Proz. auf das nötige Maß zurückgeführt wird. Nur glaube ich gegenüber dem Finanzminister, daß aus der Doppelbesteuerung der Kommunen der Staat sich kein Recht zur gleichen Besteuerung nehmen kann. (Sehr richtig! links.)

Den Ausführungen des Finanzministers über die Reichs- und Mittelbare wird aus der Mitte meiner Fraktion wohl nicht zugestimmt werden. Wir haben über die Rechte, die da erworben sind, doch etwas andere Vorstellungen. Aber wenn er die Rechtsfrage richtig dargestellt hat, so ist das, was in dem Paragraphen steht, nicht die Ausführung seines Gedankens. Wo liegt die Garantie, daß nicht genommen wird, ohne zu entschädigen? Man muß die Zeit des Aufhörens des Privilegiums und die Zeit der Entschädigung zusammenfallen lassen. (Sehr richtig! rechts.)

In Bezug auf die Tarife stimme ich dem Generalsteuer-Direktor darin bei, daß eine Normierung bis zu 5 pCt. zu hoch ist. Das würde uns zwingen, in den mittleren Einkommen so große Steuerherabsetzungen eintreten zu lassen, daß der finanzielle Effekt sehr wesentlich geschädigt sein würde. Dagegen halte ich den vierprozentigen Steuerfuß für einen möglichen, ich will mich aber auch hier nicht festlegen. Ueberhaupt sind meine sämtlichen Ausfüh-

rungen im Laufe dieser Beratung modifizierbar, und ich will mich in keiner Weise festnageln. Wir sind entschlossen, auf dem grundsätzlichen Wege dieser Vorlage an die Beratung derselben heranzugehen. (Beifall.)

Sichtlich der Steuerveranlagung erkläre ich im Namen der überwiegenden Mehrheit meiner politischen Freunde, daß wir angesichts der Thatsache, daß von keiner Seite uns ein besseres Mittel geboten ist, bereit sind, die Selbstbeschränkung zur Einführung zu bringen. Wichtig ist auch, daß die Vorlage nicht die Deklaration als solche erzwingen, sondern im Verweigerungsfalle die Einschätzung durch die Kommissionen zulassen will. Mit der Zeit werden die Steuerzahler schon die Deklaration vorziehen.

Im Kreise meiner politischen Freunde waren auch Bedenken gegen die Wahl des Landrathes zum Vorsitzenden, weil man es nicht für zweckmäßig hielt, daß eine politische Person, wie es leider die Landräthe geworden sind, noch solchen Einfluß auf die Privatverhältnisse habe. Ich halte jedoch den Landrath für eine geeignete Person zum Vorsitzenden und meine auch, der steuertechnische Beamte wird unter dem Landrath stehen müssen.

In der Frage der Wahl hat Abg. Reichensperger die Anschauungen meiner politischen Freunde vorgetragen. Es ist jedoch kaum möglich, im Rahmen dieses Gesetzes in der weitgehenden Weise, wie es vielfach verlangt wird, eine Reform des Wahlgesetzes vorzunehmen, und wenn wir dieses Gesetz zu Stande bringen wollen, werden wir ein gewisses Proprium auf dem Boden dieses Gesetzes herbeiführen müssen. Es wird nötig sein, daß wir in der Kommission bestimmte Wahllisten vornehmen aus verschiedenen Situationen und Gegenden und auf Grund der heutigen Einschätzung so verfahren, daß wir alle die, welche schon heute nicht mehr Steuern bezahlen, mit 240 M. einstellen und zusehen, wie sich die Verhältnisse gestalten. Wenn sich zeigen sollte, daß durch diese 240 M. das Recht nicht gewahrt würde und durch eine stärkere Heranziehung der anderen Vermögen wird unbedingt eine Verchiebung der Vermögen stattfindend zu Ungunsten der unteren Bevölkerung, so werden wir diese Ziffern vielleicht erhöhen müssen.

Die Ueberweisungsparagraphen 84/85 möchte ich geändert sehen. Wenn die Staatsregierung der Ansicht ist, wir wollen das Geld zu allgemeinen Ausgaben nehmen, dann brauchen wir die Klausel in § 84 nicht. Der Vorschlag der Theaurierung des Fonds ist gar nicht finanztechnisch. Wie kann man eine dauernde Einrichtung, wie die Grund- und Gebäudesteuer auf die Mittel eines in einigen Jahren angefallenen Fonds verweisen? Es kann dadurch die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer, auf unabsehbare Zeiten hinausgeschoben werden. Nun meint der Finanzminister, man könne die Ueberweisungen nicht machen aus festen Mitteln des Staates ohne Ertrag aus anderen festen Mitteln. Ich gebe ihm das zu. Aber wenn nach der Veranlagung in den ersten paar Jahren sich zeigt, daß aus der neuen Einkommensteuer ganz erheblich stärkere Einnahmen erwachsen werden, dann muß man unter gleichzeitiger Zuhilfenahme der Summen aus den Getreidezöllen sofort an die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer herangehen und nicht abwarten, bis es auf Heller und Pfennig aus der Einkommensteuer da ist.

Die Erbschaftsteuer verlohnt sich als Kontrolle der Einkommensteuer nicht, da die neue Einschätzung mit allen denkbaren Garantien versehen ist. Die Erbschaftsteuer entspricht nicht der Tendenz, den Besitz in der Familie zu erhalten. Ebenjowenig kann sie einen Ersatz bieten für eine Kapitalrentensteuer. (Sehr richtig! rechts.) Sie ist auch sehr ungleich; wo die Todesfälle sich rasch folgen, wird das Vermögen stärker herangezogen, als wo sie langsamer folgen.

Die Gewerbesteuer gerechter zu machen, halte ich für unsere Verpflichtung, und ich glaube, daß im Großen und Ganzen die Vorlage die Grundlage dazu bilden wird. Nachdem wir in Preußen Ertragssteuern haben, die wir nicht abschaffen können, würde es das Beste sein, dieses System möglichst auszubilden. Die Ertragssteuer muß niedrig sein, dann wird man sie auch extragen können.

Herr Rüdert verlangte gestern als Ausgleich die Abschaffung der Lebensmittelzölle. Es sind aber nicht Lebensmittel in Frage, sondern Rohprodukte. (Lachen links.) Roggen ist doch kein Brot, sondern muß erst gemahlen und gebacken werden. Sie können keine Garantie bieten, daß, wenn Sie heute den Zoll völlig

abschaffen, das Brot auch nur um einen Pfennig billiger wird. (Beifall rechts, Lachen links. Abg. Richter: Gehen Sie doch über die Grenze.) Machen wir die Grenzen auf, dann wird es drüben auch theurer. (Große Heiterkeit links.) Denn wenn der Zoll nicht da ist, braucht der russische Bauer sein Getreide nicht so billig zu verkaufen. (Heiterkeit links.) Wir wollen gerechte Verteilung der Lasten, und ich glaube, es wäre nicht gerecht, wenn Sie einfach durch Aufhebung der Zölle die Landwirthe zu Gunsten der Konsumenten schädigen.

Finanzminister Dr. Miquel: Die §§ 84 und 85 sind nicht ganz in dem Sinne verstanden worden, in welchem die Regierung sie aufstellt. Es ist ja sehr erfreulich, wenn Herr v. Rauchaup die Regierung solches Vertrauen entgegenbringt, daß er auf diese Paragraphen verzichten will. Aber auf das persönliche Vertrauen zu einem einzelnen Finanzminister kann eine so wichtige Frage nicht aufgebaut werden. Die Paragraphen sollen ein mögliches Hinderniß, das der objektiven Behandlung der Steuerreform entgegengestellt werden könnte, hinwegräumen, sie sollen die konstitutionellen Bedenken neutralisieren. Wir wußten, daß für eine Quotifizierung der Steuer eine Mehrheit im Hause nicht zu finden war, und haben darum die Zweckbestimmung aufgenommen, daß die Mehrbeträge zur Verminderung der Grund- und Gebäudesteuer dienen sollen, und wir fügten als Garantie den § 85 ein, welcher dem Landtag volles Verfügungsrecht über die Ueberschüsse einräumt. Weiter konnten wir nicht gehen, wenn überhaupt eine Uebereinstimmung erzielt werden sollte. Ich bin überzeugt, daß § 85 niemals ins Leben treten wird, weil ich mir nicht denken kann, daß die Landesvertretung, nachdem hier der halbe Weg zurückgelegt ist, der Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer nicht zustimmen wird. Der Paragraph wird aber ein neuer Antrieb sein zur Durchführung des ganzen Reformplanes; gerade wenn die Folge einer Nichtüberweisung in der planwidrigen Verminderung der Einkommensteuer liegen würde, würde er antreiben, wirklich Ernst mit der Ueberweisung zu machen. Sollten bessere Formen zur Erreichung des erstrebten Zieles vorgeschlagen werden, so wird die Regierung sich entgegenkommend zeigen. Ich gestehe zu, daß die Regierung, wenn der Landtag dem Plan der Ueberweisung treu bleibt, ein solches Programm ohne den äußersten Nothfall nicht wieder wird erlassen können.

Was die Frage des Wahlrechts angeht, so will die Staatsregierung diese Steuergesetzgebung in keiner Weise dazu benutzen, verfassungsmäßige Rechte zu verringern, aber sie sieht auch gar keinen Grund, die Frage des Wahlrechts bei Gelegenheit dieser Steuerreform zu behandeln. Wir haben diese Frage einfach neutralisiren wollen. Sollten Sie uns überzeugen, daß der Satz von 240 M. nicht der richtige ist, so würde die Staatsregierung Ihnen entgegenkommen, aber Sie werden sich in der Kommission überzeugen, daß der Satz reichlich bemessen ist, und daß eine Hinaufsetzung desselben eine Verchiebung zur Folge haben würde.

Aus dem bisherigen Gang der Verhandlungen wächst meine Hoffnung, daß wir dieses Gesetz zu endgültigem Abschluß bringen, und wenn Herr Generalsteuerdirektor Burghart in verzeihlicher Erinnerung an die langen und schweren Verhandlungen in den früheren Beratungen und an ihren schließlich resultatlosen Verlauf das Bild gebraucht hat von dem Herunterhängen der Birne bis auf den Kern, so hat er damit nicht ausdrücken wollen, daß Herr v. Rauchaup und seine Freunde beabsichtigen, diesem Werke weitestliche Schwierigkeiten zu machen. Im Gegenteil, ich bin davon überzeugt, daß die Herren gewillt sind, auf dem Boden der Einkommensteuergesetzgebung uns zu unterstützen. (Zwischenruf: gewiß!) Ich hoffe, daß die Bedenken gegen eine unmittelbare Reform der Gewerbesteuer bei näherer Betrachtung auch dortseits aufgegeben werden. Die Reform der Gewerbesteuer ist die dringlichste (sehr richtig), weil es sich da nicht bloß darum handelt, die sehr begünstigten heranzuziehen, sondern in bedrängter Lage befindliche Klassen von einer Ueberlastung zu befreien. (Sehr richtig!)

Wenn diese Reform durchgeführt wird, so wird auch der Gedanke, den Herr v. Rauchaup angedeutet hat, die Gewerbesteuer und die Grund- und Gebäudesteuer in Form eines Zuschlages zur Einkommensteuer zu erheben, nicht erschwert oder gar verhindert. Wenn Sie einmal die Gewerbesteuer auf die Basis der Ertragssteuer gebracht haben, dann würde es ja leichter werden, die Frage des Schuldenabzuges zu lösen auf der Basis der reformirten

Debatten Anlaß gegeben. Es handelt sich um die Veranstaltung einer Jubiläums-Ausstellung im kommenden Sommer, und zwar aus Veranlassung der Feier des 50-jährigen Bestehens des „Vereins Berliner Künstler.“ Diese Ausstellung ist nunmehr beschlossene Sache. Sie wird eine internationale sein und überdies das Ausstellungsgebiet infolgedessen über das herkömmliche ausdehnen, als nicht nur Bildhauerwerke, Werke der malenden und zeichnenden Kunst wie auch Kupferstiche, Radirungen u. Aufnahme finden werden, sondern ganze Sonderabtheilungen für die reproduzierenden Künste eingerichtet werden sollen, in denen das Buch- wie Zeitschriften-Illustrationswesen einen breiten Raum einnehmen darf. Man will also, wie in der Bildhauerei und der Bildschnitzerei, so auch auf dem Gebiete der Malerei dem Kunstgewerbe Gelegenheit geben, sein Können aufs Beste zu zeigen, die Kunst in Verbindung mit der Buchdruckerei u. in ihren großen und kleinen Leistungen vorzuführen, soweit etwas Besonderes an diesen Leistungen ist. Aber nicht darin liegt die Bedeutung des Beschlusses unserer Künstlerchaft, und nicht das war die Ursache der großen Erregung schon wochenlang vor dem Beschlusse: diese künftige Ausstellung unterscheidet sich prinzipiell und in Bezug auf ihre Veranstalterin von allen vorausgegangenen und es wäre im Interesse der Gesundung unserer Berliner Kunstverhältnisse aufs Höchste zu wünschen, daß sich auch die ihr folgenden auf gleiche Weise von den früheren unterscheiden! Die künftige Jubiläums-Ausstellung wird nämlich nicht von der königlichen Kunstakademie ins Werk gesetzt werden, sondern von der Vertretung der Berliner Künstler ins-gesammt, vom „Verein Berliner Künstler“ selber. 25 000 Mark mußte er gleich im Voraus springen lassen; zum Glück nicht ganz à fonds perdu, denn es werden dafür Verbesserungen baulicher und dekorativer Natur am und im Landesausstellungspalaste vorgenommen werden. Die Hergabe dieser Summe zu dem beregten Zwecke hatte die Regierung zur Bedingung gemacht, als sie sich auf Erbitten des Vereins bereit erklärte, für die Injzenirung der Ausstellung Gelder aus dem Kunstausstellungsfonds zu bewilligen. Sie gab ebenfalls 25 000 Mark her, bestimmte aber, „daß die ganze Summe, also 50 000 Mark, unter Mitwirkung der Akademie zu bleibenden Verbesserungen des Ausstellungsgebäudes verwandt werde.“ — Auch der Kaiser hat in so fern eine Unterstützung des Vorhabens bewilligt, als der die erbetene Erlaubniß erteilte, der

Kaiserin Friedrich das Protektorat anzutragen (dasselbe ist inzwischen angenommen worden), und goldene Medaillen wie bei der Jubiläums-Ausstellung von 1886 in Aussicht stellte, wobei er sich das Verleihungsrecht vorbehielt. Nebenbei bemerkt, hatte der Verein beschlossen, durch eine internationale Jury Auszeichnungen in Gestalt von Ehrendiplomen, ersten und zweiten goldenen Medaillen und „ehrendvollen Erwähnungen“ zu erteilen. Ob nun nach der in Aussichtstellung der Kaiserlichen Medaillen dieser Beschluß aufrecht erhalten werden kann und soll, das vermag ich nicht zu sagen. Besser wäre es für die Beurtheilung der künstlerischen Kraftprobe wohl gewesen, wenn der Verein weder eine Geldbewilligung erbeten, noch auch den Zopf eines hohen Protektorates beibehalten hätte.

Die kleine „permanente Ausstellung“ des Vereins hat übrigens seit 8 Tagen eine Anziehungskraft allerersten Ranges durch das neueste Gemälde von Meister Ludwig Knaut gewonnen. Dasselbe ist betitelt „Die Landpartie“ und zeigt uns eine Gesellschaft von Städtern unter den Bäumen eines ländlichen Wirthshauses umweir eines Dorfes. Den Mittelpunkt des Interesses nimmt dabei nicht die in zwei Gruppen an den Wirthstischen plazierte Gesellschaft der Erwachsenen ein — so köstlich diese charakterisirt ist — sondern eine im Vordergrund unter freiem Himmel in halber Beleuchtung stehende Gruppe von Kindern, in deren Wiedergabe Ludwig Knaut ja von kaum einem anderen Künstler erreicht wird! Diese Kinder hier nun gehören ganz unfreilich zum Herrlichsten, was Knaut je in dem Genre geschaffen hat. Sie schaaren sich, Dorfjugend jeden Alters bis zu etwa 14 Jahren, um ein liebliches, weißgekleidetes, kleines Stadtmädchen, das Hände und Arme voll von Kuchenstücken hat und mit inniger Freude am Geben den Dörflern davon reichlich austheilt. An den Dorfindern nun hat Knaut seine ganze Kunst der Kindercharakteristik bewährt: die gesammte Stufenleiter der kindlichen Begehrlichkeit und des Kinderglücks ist auf den Gesichtern wie der Haltung dieser Mädchen und Knaben zur Anschauung gebracht; natürlich nicht schematisch-absichtsvoll, sondern so ungezwungen und natürlich, als hätte sich der Künstler eigentlich garnichts dabei gedacht“ als er die verschiedenen Kinder auf die Leinwand setzte! Aber nicht nur das Kinderglück, auch seine Rehrseite veranschaulicht uns diese Gruppe. Ein kleines, „Hucke-

pad“ von der älteren Schwester getragenes Mädel weint bittere Thränen: es wird von der „Großen“ nicht nur über der Beute arg vernachlässigt, sondern kriegt auch nichts davon ab. Und doch wirken diese Kinderthränen nicht als Dissonanz in dem Bilde; wir wissen, sie werden im nächsten Augenblicke schon versiegen, denn die „Kuchensee“ wird auch dem kleinen Schreihals von ihren Schätzen ein alle Thränen stillendes Stück abgeben! Ganz unvergleichlich in seiner Haltung (denn vom Gesicht sehen wir kaum etwas) ist ein sich trotzig von der Gruppe entfernender, etwa 13—14-jähriger zerlumpter Bengel dargestellt. Er hat die Hände in den Taschen der wetterverwachsenen braunen Jacke, die Ellenbogen der rechtswinklig an den Leib gedrückten Arme starren aus den Löchern des Ärmels heraus, die nackten Füße patschen vorwärts, dem Dorfe zu, aber der Kopf ist doch, wenn auch die ganze Haltung Trotz ausdrückt, mit einer unbewußt des Burschen wehmuthsvolle Resignation zum Ausdruck bringenden Bewegung halb nach rückwärts gewandt: der uns nur den Rücken zeigende Junge kann den Blick von den Kuchenschätzen nicht losreißen! Er hat wahrlich ein „so großer Junge“ nichts abbekommen sollen, und nun „mag er ja gar nichts haben!“ und zieht mit nothgedungenem Stolge und einer auch nicht ganz echten Verachtung der „Bettelbälge“ heimwärts!

Das Theater hat uns in der vorigen Woche an Neuheiten nur eine geboten, allerdings nur deshalb, um der Schonzeit am kommenden Sonnabend ein Ende mit Schrecken zu machen: 6 Neuaufführungen an einem Abend und am Sonntag Vormittag eine Tragödie im Verein „Deutsche Bühne“! Es kann recht nett werden! — Was nun die erwähnte Novität anlangt, so wurde sie im „Deutschen Theater“ gespielt: Anzengrubers Bauerntragödie „Herz und Hand“, eine Tendenztragödie gegen die Unlöslichkeit der katholischen Ehen, die aber wunderlicherweise nicht mit einer Anklage menschlicher Einrichtungen, und auch nicht mit einer Beschuldigung der Weltunferbarkeit schließt, wie man nach der trüben Geschichte von dem unschuldsvoll in Bigamie lebenden Bauernweibe erwarten mußte, sondern mit einer trotzigen Anklage gegen Gott! — Das Stück zeigt wohl in Vielem von der Urheber-schaft durch einen echten Dichter und starken Dramatiker, steht aber meines Erachtens im Ganzen beträchtlich hinter anderen Werken Anzengrubers zurück.

Steuern. Wir entscheiden ja die Form, noch nicht die Art und Weise der Mehrerträge. Selbst diejenigen, die noch nicht entschlossen sind, die Gewerbesteuer zu reformieren, die Grund- und Gebäudesteuer aufzuheben, vergeben sich nicht das mindeste, wenn sie zustimmen. Ich hoffe, daß wir schließlich auch die Unterfertigung des Herrn v. Rauchhaupt zur Gewerbesteuer haben werden. Wenn wir das erste Jahr die neue Einkommensteuer veranlagt haben, und dann das Mehrerträgnis sehen, wenn wir damit in Verbindung bringen die bisherige Ueberweisung an die Kreise auf Grund der landwirtschaftlichen Zölle, wenn wir mit bekannten Zahlen rechnen, wenn wir in allen diesen Dingen aus der bloßen Gedankenwelt heraus kommen, so werden wir uns viel sicherer verständig bei der Ausführung der Ueberweisung der Grund- und Gewerbesteuer selber. Alle Schwierigkeiten werden sich verringern, und es wird sich zeigen, daß das Wort nicht immer richtig ist, daß leicht bei einander im Haupte die Gedanken wohnen und hart im Raume sich die Dinge stoßen. (Beifall.)

Abg. Dr. Ennecerus (nl.): Auch wir halten es für durchaus notwendig, daß die ungerechte Gewerbesteuer reformiert wird. Die Reform des Wahlrechts zur Vorbedingung der Einkommensteuerreform zu machen, heißt, das Zustandekommen derselben verhindern zu wollen. Bezüglich der Aufhebung der Lebensmittelsölle kann ich weder Herrn v. Suene noch Herrn Richter ganz zustimmen; die Wahrheit wird in der Mitte liegen.

Die Einkommensteuervorlage ist ein Schritt zu dem großen Reformziele der direkten Steuern, zu dem Ziele, die Einkommensteuer zu der direkten Hauptstaatssteuer zu machen, dagegen die Real- und Ertragssteuern den Gemeinden zu überweisen. Denn die Staatssteuern sollen die Leistungsfähigkeit vollkommen berücksichtigen, und das ist nur bei Personalsteuern möglich. Die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer wünschen wir hauptsächlich wegen der außerordentlichen Ungleichmäßigkeit, mit welcher dieselbe die verschiedenen Provinzen, Kreise und Gemeinden belastet. Es ist Thatsache, daß diese Belastung augenblicklich zwischen 2 und 11 Prozent schwankt. Es wird von freierhandiger Seite so dargestellt, als ob die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer ein Geschenk an die Reichen bedeutet. Sie kommt aber in noch viel höherem Maße dem kleinen und durch Verschuldung belasteten Grundbesitz zu gute.

Meine Partei steht mit ganz wenigen Ausnahmen auf dem Boden der Deklarationspflicht. Wir befürchten davon keine Schädigung des gesunden Kredites, noch weniger eine Schädigung der Volksmoralität. Sehr wichtig ist die Deklarationspflicht im Interesse des sozialen Friedens; es werden dann die unteren Klassen nicht mehr behaupten können, daß die oberen Klassen nicht gebührend hoch eingeschätzt werden.

Den Landrath wollen meine politischen Freunde als ständigen Vorsitzenden nicht. Erstlich deswegen, weil er ein politischer Beamter ist, und dann, weil sein Geschäftskreis schon jetzt ein sehr umfangreicher ist. Wir haben ja allerdings bis jetzt wenig technisch gebildete Beamte, aber diese würden mit der Zeit herangebildet werden. Mit einer Besteuerung der Aktiengesellschaften sind wir nicht einverstanden. Es handelt sich hier in der That um eine Doppelbesteuerung. Wenn ein Industrieller seine Fabrik in eine Aktiengesellschaft verwandelt, deren Aktien er ganz besitzt, dann soll er eine doppelte Steuer tragen?

Was die einzelnen Steuerföge betrifft, so müssen wir eine noch stärkere Entlastung der kleineren und mittleren Einkommen verlangen, als sie hier geboten wird. Der Steuerdruck macht sich gerade in den mittleren Familien besonders geltend. Die Entlastung wird bis zu Einkommen von 9000 M. reichen müssen. Progression und Degression sind nur formell gleich, dem Inhalt aber nach durchaus verschieden. Die Progression gelangt schließlich zu einer Konfiskation der großen Vermögen im Laufe einer Reihe von Jahren. Die Forderung einer Progression von 5 Prozent für die hohen Einkommen hat große Bedenken, denn die Deklarationspflicht bedeutet schon an und für sich eine höhere Besteuerung. — Die Ermäßigung der Steuerföge für Familien mit Kindern begrüßen wir mit Freuden, aber wir müssen darin noch weiter gehen und auch die Familien von über 3000 Mark Einkommen einschließen. Sonst bleibt das Prinzip, daß die Steuer nach der Leistungsfähigkeit getragen wird, eine Phrase. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. v. Meyer (Answalde, wldkonf.): Mit dem Hauptgedanken der Vorlage bin ich einverstanden. Ich habe als Vorsitzender der Einkommensteuerkommission stets mit unbekannten Größen rechnen müssen. Dem wird durch die Deklaration abgeholfen. Aber oft wird eine richtige Deklaration unmöglich sein, z. B. bei Grundbesitzern, weil diese ihre Produkte zum großen Theil selbst konsumieren, und bei Rentiers, die ihr Vermögen in Papieren angelegt haben, welche heute 326 und morgen 10 stehen (Heiterkeit). Daß bei kinderreichen Familien Erleichterungen in einigen Stufen eintreten müssen, ist richtig, aber die Grenze muß viel höher gezogen werden. Gerade bei Einkommen von 6—12000 Mark, wo die Söhne Offiziere werden, kostet die Erziehung der Kinder Geld. Für die größeren Vermögen ist ein Tarif von 4 1/2, ja bis 5 Prozent gar nicht zu hoch. Mit einer Million bis 6 Millionen Einkommen sind behaftet 11 Personen. (Heiterkeit.) Solchen Leuten erweist man einen Gefallen, wenn man sie mit mehr als 5 Prozent besteuert. (Heiterkeit.) Wenn ich Besitzer von vieler Millionen wäre, so würde ich mir ein Vergnügen daraus machen, sie mehr mit Anstand als mit Verstand auszugeben. (Große Heiterkeit.)

Eine Erbschaftsteuer ist mir im höchsten Grade unsympathisch, weil sie den Grundbesitz belastet. Dazu kommt, daß das Kapital dieser Steuer leicht entzogen werden kann, indem man es bereits bei Lebzeiten durch Schenkung in andere Hände giebt. — Die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer darf man nicht von den Mitteln aus § 84 abhängig machen. Wenn man erst die versprochene Erhöhung der Beamtengehälter vornimmt, wenn man die Beamten bezahlt, die durch dieses Gesetz nöthig werden, und andere notwendige Ausgaben macht, so wird wohl lange Zeit vergehen, bis Geld genug da ist für die Ueberweisung.

Was die Organisation angeht, so will man den Landrath zwar zum Vorsitzenden der Einkommungskommission machen, aber ihm einen steuertechnischen Beamten begeben. Man sagt, der Landrath werde doch Oberwasser haben. Es wird aber so gehen, wie bei Ehegatten, wo die schönere Gehälte zwar nominell die schwächere ist, in Wirklichkeit aber Oberwasser hat. (Große Heiterkeit.)

Abg. v. Jagow (konf.): Meine Fraktion geht an die Vorlage mit der besten Absicht heran, sie fertig zu stellen. Wir werden kein Bedenken benützen, um das Gesetz zu beseitigen, zumal ja auch die Staatsregierung entgegenkommen will. Es ist uns der Vorwurf gemacht worden, daß wir dasselbe wollen, wie die sozialdemokratische Partei in Bezug auf den Tarif. Nehmen wir doch das Gute, wo wir es finden. Dieses Gesetz stellt sich auf den Standpunkt, daß der Ertrag des durch physische Arbeit erlangten Einkommens freibleibt. Wir wollen, daß auch der Ertrag der geistigen Arbeit berücksichtigt wird, daß die mittleren Einkommen erleichtert werden.

Es ist Herrn v. Rauchhaupt, welcher den Landrath in die Einkommungskommission wollte, erwidert worden, er könne sich ein Bild über die finanziellen Verhältnisse seines Kreises aus dem Einblick in die Einkommenslisten machen. Die Abschlußsumme aber giebt nicht das rechte Bild, dieses erhält man erst durch eine Theilnahme an der Veranlagung selbst. — Was die Ueberwei-

slungsparagrafen betrifft, so meinen wir, daß wir dadurch die Minderbegüterten aufheben. Darum muß etwas anderes an deren Stelle gesetzt werden.

Wir stellen an die Spitze unseres Programms die Einkommensteuer als fundamentale Steuer. Daneben wollen wir eine Bestimmung des fundierten Einkommens in seinen sämtlichen Quellen. Wir wollen aber nur das Vermögen besteuern, welches in der Hand des Consiten als fundiertes Vermögen vorhanden ist. Als fundiertes Kapital darf aber nur das gerechnet werden, welches tatsächlich fundirt ist, also bei dem Grundbesitz und dem Gewerbe mit Abzug der Schulden. Wir wollen darum eine Reform der Grundsteuer, welche in der jetzigen Form ungerecht ist.

Gegen die Erbschaftsteuer sind schon wesentliche Bedenken hervorgehoben worden, aber wir sind gerne bereit, in die Berathung einzutreten. Ferner ist es auch gar nicht unsere Absicht gewesen, die Gewerbesteuer absolut abzulehnen, im Gegentheil bildet sie je einen Theil unseres Programms.

Meine Partei hat den Wunsch und die Absicht, alle diese Vorlagen in Uebereinstimmung mit der Regierung unter entsprechenden Modifikationen zu Stande zu bringen. (Beifall rechts.)

Darauf vertagt das Haus die weitere Berathung auf Sonnabend 11 Uhr.
Schluß 3 1/2 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 21. November.

— Gestern Abend wohnte der Kaiser der Vorstellung im Opernhause bei, woselbst auch die anderen höchsten Herrschaften und Fürstlichkeiten anwesend waren. Nach dem Schluß derselben besuchte der Kaiser die Festlichkeit bei dem Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein. Heute Vormittag gegen 9 Uhr unternahmen beide kaiserliche Majestäten eine gemeinsame Spazierfahrt und begaben sich nach dem Palais der Kaiserin Friedrich, um derselben mit den anderen Mitgliedern der königlichen Familie und den Fürstlichkeiten einen Beglückwünschungsbuch zum heutigen Geburtstage abzustatten.

— Gestern Nachmittag 3 Uhr fand in der Hof- und Garnisonkirche zu Potsdam in Gegenwart des Kaisers die Vereidigung der Rekruten der Potsdamer Garnison statt. Außer dem Kaiser wohnten der Feier die Prinzen Heinrich und Albrecht, der Kronprinz von Griechenland und mehrere andere der gegenwärtig in Berlin und Potsdam weilenden Fürstlichkeiten bei. Den kurzen der Vereidigung vorangehenden Gottesdienst hielt der Hofprediger und Garnisonpfarrer D. von Hase ab.

— Gestern Nachmittag fand bei dem hohen neuvermählten Paare, dem Prinzen Adolf zu Schaumburg-Lippe und der Frau Prinzessin Viktoria, im Marmorhalle des königlichen Stadtschlösses zu Potsdam eine größere Tafel statt. Es nahmen daran Theil: der Kaiser und die Kaiserin, die Kaiserin Friedrich, der Prinz und die Prinzessin Heinrich, der Prinz und die Prinzessin Leopold, der Großherzog von Hessen, der Kronprinz und die Kronprinzessin von Griechenland, der Erbprinz und die Erbprinzessin von Meiningen, sowie sämtliche zur Zeit hier anwesende Fürstlichkeiten, ferner der Reichskanzler General v. Caprivi und zahlreiche hohe Generale und Hof- und Staatswürdenträger. Während des Mahles brachte der Kaiser ein Hoch auf die Kaiserin Friedrich aus. Die Tafelmusik wurde von der Kapelle des 1. Garde-Regiments ausgeführt.

Königsberg i. Pr., 21. Nov. Die Synode nahm einen Antrag an, nach welchem auf allen Gebieten des bürgerlichen Lebens die rechte Sonntagsruhe hergestellt und damit die Sonntagsheiligung durchgeführt werden soll; außerdem soll der Oberpräsident ersucht werden, unter Anlehnung an eine frühere Verordnung der Regierung in Gumbinnen betr. die Sonntagsheiligung Verordnungen für Ostpreußen bezugs deren strenger Durchführung zu erlassen; insbesondere soll die Jagd an Sonn- und Feiertagen verboten werden. — Die Provinzialsynode hat ferner den Antrag angenommen, die nächste Generalsynode möge dahin wirken, daß von den Staats- und Kirchenbehörden die kirchlichen Kreise, vertreten durch die Kreisynoden und die kirchlichen Provinzen, vertreten durch die Provinzialsynoden, als Gemeinden im Sinne des Gesetzes anerkannt werden und eventuell die hierfür erforderliche Aenderung der kirchen- und staatsgesetzlichen Vorschriften herbeigeführt werde.

Telegraphische Nachrichten.

Braunschweig, 21. Nov. Der Prinzregent Prinz Albrecht von Preußen und Gemahlin sowie der Prinz Friedrich Wilhelm treffen morgen Nachmittag 4 Uhr zu dauerndem Winteraufenthalt hier ein.

Stuttgart, 21. Nov. Der „Staatsanzeiger“ meldet, daß gegen die „Frankfurter Zeitung“ und den „Frankfurter Beobachter“ wegen eines in diesen Zeitungen enthaltenen Artikels über Verabschiedung von Offizieren des Ulmen-Regiments Nr. 19 Strafantrag gestellt worden sei. Die Vorfälle, von denen dieser Artikel berichtet, seien unrichtig und der Wirklichkeit durchaus nicht entsprechend.

Wien, 21. Nov. Die „Neue freie Presse“ konstatirt, daß der mutmaßliche Mörder des Generals Seliverstoff, Padlewski, kein Oesterreicher, sondern in Warschau geboren ist, sich aber längere Zeit in Oesterreich und speziell in Wien — zuletzt auch unter dem falschen Namen Victor Dysek — aufhielt, jedoch im vorigen Jahre aus Rücksichten der öffentlichen Ruhe aus Oesterreich ausgewiesen wurde und sich von da nach Paris begab. Padlewski, dessen Photographie die hiesige Polizei besitzt, spricht russisch, polnisch, französisch und deutsch.

Paris, 21. Nov. Kammer. Der zur Genehmigung vorgelegte Vertrag mit Dahomey bestätigt alle früheren zwischen Frankreich und Dahomey bestandenen Abkommen; außerdem verpflichtet sich Dahomey zur Respektirung des Protektorats Frankreichs über Porto Novo. Frankreich zahlt jährlich an Dahomey einen Betrag von 20 000 Franken, wogegen Dahomey an Frankreich die Zölle von Kotonu abtritt.

Paris, 21. Nov. Von autorisirter Seite wird anderweitigen Darstellungen der Blätter gegenüber mitgetheilt, daß

bei einer in Nizza im Zirkus stattgehabten Aufführung der in der Rolle Garibaldis auftretende Darsteller bei der zur Anschauung gebrachten Erstürmung einer Redoute, um einen Sieg Garibaldis zu markiren, an Stelle der deutschen Fahne die italienische aufgezogen habe.

Paris, 21. Nov. Weitere polizeiliche Nachforschungen haben ergeben, daß Padlewski vor seiner Flucht im Besitz einer Geldsumme war. Mehrere Abendblätter melden, Padlewski sei in Brüssel gesehen worden, andererseits wird behauptet, daß zwei Polizeiagenten nach London zur Verfolgung des Flüchtlings abgereist seien.

Dem „Temps“ zufolge ist die Spinnerei Schlumberger im Ajolthale (Vogesen) niedergebrannt. Die Spinnerei ist mit 600 000 Frs. versichert.

Sofia, 21. Nov. Die „Agence Balcanique“ lenkt die Aufmerksamkeit auf die gestern begonnene Artikelserie des Journals „Svoboda“, welche die Behauptungen des General Katilsheski, veröffentlicht in der „Nowoje Wremja“, zu widerlegen sucht. In dem ersten Artikel wird gesagt, daß Prinz Ferdinand anfänglich die russisch-bulgarische Mißthelligkeit für persönlicher Natur gehalten, sich jedoch später vom Gegentheil überzeugt habe. Der Prinz sei gleichwohl immer von den besten Gefinnungen gegenüber Rußlands erfüllt; eine Schuld dafür, daß das Verhältniß noch immer ein gespanntes sei, treffe ihn also nicht.

Chatelineau, 22. Novbr. Auf dem Walzwerk Dorlodot ist ein Strike ausgebrochen. Die Arbeiter verlangten die Wiedereinstellung eines entlassenen Heizers, welche die Direktion verweigerte.

Belfort, 22. Novbr. Nach einer Meldung des „Soir“ explodirte in unmittelbarer Nähe einer in Bau begriffenen Pulvermühle ein Pulverlager, wodurch vier Arbeiter getödtet wurden.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im November 1890.

Datum	Barometer auf 0	Wind	Wetter	Temp.
Stunde	Gr. red. in mm; 66 m Seeshöhe.			i. Cel. Grad.
21. Nachm. 2	755,7	Nd frisch	bedeckt	+ 8,0
21. Abends 9	754,1	W mäßig	bedeckt	+ 6,3
22. Morgs. 7	750,3	W mäßig	bedeckt	+ 7,1

¹⁾ Abends und Nachts Regen.

Am 21. Novbr. Wärme-Maximum + 8,3° Cel.

Am 21. = Wärme-Minimum + 5,1° =

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 21. Novbr. Morgens 1,96 Meter

„ „ 21. „ Mittags 1,94 „

„ „ 22. „ Morgens 1,92 „

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Kurse.

Breslau, 21. Nov. Gebeffert. 3 1/2 %ige L.-Pfundbriefe 96,70, 4 %ige ungarische Goldrente 89,00, Konfolidirte Türken 17,85, Türksche Loose 78,50, Breslauer Diskontobank 105,50, Breslauer Wechselbank 104,25, Schlesischer Bankverein 122,25, Kreditaktien¹⁾ 163,00, Donnersmarthütte 79,75, Oberschlesische Eisenbahn 89,00, Oppelner Zement 116,25, Kramsta 130,00, Laurahütte 134,60, Verein. Delfabr. 95,00, Oesterreichische Banknoten 176,90, Russische Banknoten 242,00. ²⁾ per ultimo. Schleif. Zinkaktien 195,00, Oberschles. Portland-Zement 119,00, Archimedes —, Kattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb 121,50, Flöthner Maschinenbau 115,00.

Frankfurt a. M., 21. Novbr. Effekten = Sozietät (Schluß). Kreditakt. 261 1/2, Franzosen 211 1/2, Lombarden 118 1/2, Galzler —, Ägypter 96,40, 4 % ungar. Goldrente 89,30, 1880er Russen —, Gotthardbahn 158,90, Diskonto = Kommandit 209,70, Dresdner Bank 153,00, Laurahütte 136,30, Gelsenkirchen 169,10, Courl Bergwerk —, Griechische Monopol-Anleihe —, Darmstädter Bank —, Deutsche Bank —, Mexikaner —, Argentinier —, Tabaksaktien 154,10. Fest.

Hamburg, 21. Novbr. Gold in Barren per Kilogr. 2786 Br., 2782 Gd.

Silber in Barren pr. Kilogr. 137,75 Br., 137,25 Gd. Wien, 21. Nov. Abendbörse. Ungarische Kreditaktien 352,00, österr. Kreditaktien 297,15, Franzosen 239,25, Lombarden 134,50, Galzler 202,00, Nordwestbahn 217,50, Elbthalbahn 225,25, österr. Papierrente 88,15, do. Goldrente 107,70, 5proz. ungar. Papierrente 99,20, 4proz. do. Goldrente 101,40, Marknoten 56,60, Napoleons 9,13, Bankverein 116,00, Tabaksaktien 135,50, Alpine Montan 91,90, Unionbank 237,50, Länderbank 221,50. Fest.

London, 21. Novbr. Abends. Preussische Consols 104, engl. 2 1/2proz. Consols 95 1/2, konv. Türken 17 1/2, 4proz. konfolid. Russen 1889 (II. Serie) 97 1/2, Italiener 92 1/2, 4proz. ungarische Goldrente 89 1/2, 4proz. unific. Ägypter 94 1/2, Ottomobank 14, 6proz. konjol. Mexikaner alte 91 1/2, neue Mexikaner 2 1/2proz. verbe. Silber 46 1/2, Lombarden —, 3 1/2proz. Ägypter 90 1/2, De Beers —, Rio Tinto —, Suezaktien —, Rupees 80 1/2.

In die Bank flossen heute 59 000 Pfund Sterl. Petersburg, 21. Novbr. Wechsel auf London 83,60, Russ. II. Orientanleihe 102 1/2, do. III. Orientanleihe 103 1/2, do. Bank für auswärtigen Handel 268 1/2, Petersburger Diskontobank 590, Warschauer Diskontobank —, Petersburger intern. Bank 483 1/2, Russ. 4 1/2proz. Bodenkredit-Pfundbriefe 134 1/2, Große Russ. Eisenbahn 208 1/2, Kurlst-Kiew-Aktien —, Russ. Südwestbahn-Aktien 110 1/2, Privatdiskont 5 Prozent.

Rio de Janeiro, 20. Nov. Wechsel auf London 21 1/2.

Produkten-Kurse.

Köln, 21. Nov. Getreidemarkt. Weizen hiesiger loco 19,00, do. fremder loco 22,00, per November 20,30, per März 19,45. Roggen hiesiger loco 17,50, fremder loco 19,25, per November 18,15, per März 17,10. Hafer hiesiger loco 15,00, fremder 17,00. Rübsöl loco 63,50, per Mai 58,50.

Bremen, 21. Nov. Petroleum. (Schlußbericht) ruhig, Standard white loco 6,30 Br.

Hamburg, 21. Nov. Zu kermarkt (Nachmittagsbericht.) Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88 vSt. Rendement neue Usance, frei am Bord Hamburg per Nov. 12,37 1/2, per Dez. 12,57 1/2, per März 1891 13,00, per Mai 13,25. Sehr fest.

Hamburg, 21. Nov. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per Novbr. 85 1/2, per Dezbr. 83, per März 77, per Mai 75 1/2. Matt.

Hamburg, 21. Novemb. Getreidemarkt. Weizen loco ruhig, holländischer loco —, neuer 184 — 195. Roggen loco ruhig,

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von B. Deder & Comp. (A. Köstel) in Bosen